Abendausgabe

Nr. 109 ♦ 44. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 54

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 – 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Sonnabend
5. März 1927

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8½ bis 5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH. Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 – 297

Stellt den Achtstundentag wieder her!

Forderung der Gewerkschaften an Reichstag und Reichsregierung.

Der dem Reichstag vorgelegte Regierungsentwurf zur Abänderung der geltenden Arbeitszeitverordnung läßt die von den Gewerkschaften aller Richtungen erhobene Forderung nach Wiederherstellung des Achtstundentages völlig unberücksichtigt. Er ändert nichts an der unerträglichen Rechtslage, daß die regelmäßige tägliche Arbeitszeit

bis zu zehn Stunden und darüber hinaus

ausgedehnt werden kann. Von ihm ist daher in keiner Weise der Erfolg zu erwarten, den die Gewerkschaften mit ihrer Forderung insbesondere erreichen wollten: die Verminderung des Arbeitslosenheeres. Der Regierungsentwurf bringt weder Arbeitenden noch Arbeitslosen nennenswerte Vorteile, er bringt sogar teilweise erhebliche Verschlechterungen.

Die Gewerkschaften erklären daher einmütig, daß diese von der Regierung geplante Arbeitszeitregelung nicht im mindesten den berechtigten Wünschen der Arbeiter und Angestellten entspricht und daß sie nichts von dem erfüllt, was

alle Gewerkschaften einschließlich der christlichen

gefordert haben. Sie geben ihrer Erwartung Ausdruck, daß die Fraktionen des Reichstages sich der Tatsache bewußt sein werden, daß hinter den Forderungen der Gewerkschaften auch heute noch der einmütige Wille der gesamten Arbeiter und Angestellten steht, wenn auch aus politischen Gründen der christliche Deutsche Gewerkschaftsbund glaubt, diese Erklärung nicht unterzeichnen zu können.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.
Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände.
Der Vorstand des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes.

Der Kulturfonds im Innenministerium

Gelder für seelische Pflege.

In der Sonnabendsitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt wurde die Beratung der „Allgemeinen Bewilligungen aus dem Reichsministerium des Innern" fortgesetzt. Zur Förderung kulturell gemeinnütziger Einrichtungen und Vereinigungen sind 500 000 M. angefordert. Dazu lag ein Antrag der Deutschnationalen vor, diesen Fonds auf eine Million zu erhöhen.

In der Debatte glaubte der Kommunist Rosenbaum die Sozialdemokratie angreifen zu müssen, weil sie im vorigen Jahre diesem Fonds zugestimmt habe. Ihm antwortete Genosse Dr. Löwenstein: Rosenbaum ist offenbar schlecht unterrichtet. Wir haben seinerzeit aus zwei Gründen dem Kulturfonds zugestimmt: erstens machten die bürgerlichen Parteien die Bewilligung von 6 Millionen für die Junglehrer von der gleichzeitigen Bewilligung des Ein-Millionen-Kulturfonds abhängig, zweitens war die Zwangsvorlage notwendig geworden, weil der Reichsrat dem Willen des Reichstages sich entgegensetzte. Wir hatten ein politisches Interesse daran, den Willen des Reichstages gegen den Willen des Reichsrats durchzusetzen, das war jedoch nur mit Zweidrittelmehrheit möglich. Nach wie vor sind wir grundsätzlich Gegner der Bewilligung von öffentlichen Mitteln für die Pflege von religiösen oder weltanschaulichen Gemeinschaften. Es gibt religiöse Sozialisten, wie es auch religiöse Kommunisten gibt. Doch die Sozialdemokratie ist eine politische Partei, weder eine Religionsgesellschaft, noch eine Antireligionsgesellschaft. Die Pflege religiöser oder weltanschaulicher Interessen muß Angelegenheit der für diesen Zweck bestehenden Vereinigungen oder Gesellschaften sein. Auf diesem Standpunkt stand früher auch das Zentrum, das sich jetzt unter dem Einfluß der Deutschnationalen gewandelt hat. Wir lehnen also aus grundsätzlichen Erwägungen den Kulturfonds ab. Wenn er jedoch von der Mehrheit des Hauses dennoch angenommen wird, so verlangen wir selbstverständlich, daß

dieser Fonds nicht einseitig verwendet wird.

Wir unterstreichen die authentische Erklärung der Regierung, daß die Mittel dieses Fonds nicht für kirchliche Zwecke als solche gegeben werden, sondern für Zwecke der seelischen Pflege, an deren Durchführung das Reich interessiert ist. Es kann also die Subventionierung nicht beschränkt bleiben auf Religionsgesellschaften, die Körperschaften des öffentlichen Rechtes sind. Ich weise auf die Reichsorganisation der freigeistigen Verbände hin, die etwa eine Million organisierter Mitglieder hat und die durch eine große Anzahl von Veranstaltungen, die der seelischen Pflege dienen sollen, ein Anrecht auf Unterstützung aus diesem Fonds hat. Ich weise ferner auf die proletarischen Feierstunden des Sozialistischen Kulturbundes hin, die eine bedeutsame Veranstaltung moderner Erbauung darstellen. Nach der Erklärung, die die Regierung über Absicht und Zweck dieses Fonds gegeben hat, können wir darauf verzichten, die Abänderungsanträge, die wir zu den Erläuterungen stellen wollten, noch in das Dispositiv hineinzuarbeiten.

Für einmalige Beihilfen für wirtschaftlich oder kulturell besonders bedrängte Grenzgebiete verlangt die Regierung 15 Millionen. Diese Beihilfen sind in dem sogenannten Ost-Ausschuß einer langen Beratung unterzogen worden. Der Ost-Ausschuß verlangt sie als einmalige Beihilfe für die wirtschaftlich oder kulturell besonders bedrängten östlichen Grenzgebiete Preußens und wünscht, daß die anderen bedrängten Gebiete aus einem besonderen neuen Titel unterstützt werden sollen. Außerdem ersucht die Regierung für einen von privater Seite zu demselben Zweck aufzunehmenden Kredit von 60 Millionen eine Ausfallbürgschaft durch das Reich zu übernehmen. Eine Beschlußfassung über diese Titel fand nicht statt, da der Reichsfinanzminister erklären ließ, er könne sich über die für diese Zwecke verlangten Zuwendungen erst nach Abschluß der Etatsberatungen äußern.

Zur Förderung der von der „Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft" verfolgten Zwecke werden im ganzen 8 Millionen Mark angefordert und einstimmig bewilligt.

Zur Förderung von Bestrebungen auf dem Gebiete des Schul-, Erziehungs- und Volksbildungswesens verlangt die Regierung zweimal 150 000 M. Hierzu haben die sozialdemokratischen Mitglieder eine Resolution beantragt, die vom Genossen Dr. Löwenstein ausführlich begründet wird. Sie lautet:

Das große Heer der arbeitslosen Jugendlichen stellt eine Gefährdung der Jugend und der zukünftigen Entwicklung überhaupt dar. Der Uebergang der Schulentlassenen aus der Gebundenheit der Volksschule in die gesundheitlich und sittlich gefährdete trostlose Lage der Berufslosigkeit bedeutet gerade in dem Alter von 14 bis 16 Jahren eine verhängnisvolle Gefahr für die soziale und sittliche Weiterbildung. Die Dauer und der Umfang der Erwerbslosigkeit geben die Möglichkeit, durch die Erweiterung einer systematischen Ausbildung die Unterlagen für eine berufliche und staatsbürgerliche Erziehung zu geben. Diese **Erweiterung der Schulpflicht** um 1 bis 2 Jahre müßte ihrem Umfange nach etwa die Stundenzahl der Volksschule umfassen, ihrer Tendenz nach aber eine erweiterte Berufsschule sein. Das Reichsministerium des Innern wird ersucht, in Verbindung mit dem Arbeitsministerium und im einzelnen mit den Ländern 1. ein- bis zweijährige Berufsschulkurse für berufslose Schulentlassene als Pflichtkurse zu schaffen, die, wie die Volksschule, unentgeltlich sind und für die die Lernmittel aus öffentlichen Mitteln zu beschaffen sind; 2. für ausreichende wirtschaftliche Beihilfen für die berufslosen Jugendlichen dieser Kurse zu sorgen.

Deutschland – Polen – England.

Erklärungen des Außenministers Zaleski.

Der polnische Außenminister Zaleski hat auf der Reise nach Genf in Wien Station gemacht und dem Vertreter eines Wiener Blattes etliche Auskünfte gegeben. Ueber die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen, deren Förderung er von einer Besprechung mit Stresemann in Genf erwartet, sagte der Minister:

„Die polnische Regierung ist jeden Augenblick zur Erneuerung der Verhandlungen bereit unter Behandlung sämtlicher Fragen eines normalen Handelsvertrags als eines Gesamtkomplexes. Bei Aufrechterhaltung dieses ihres grundsätzlichen Standpunktes erweist die polnische Regierung ihren besten Willen zur Erzielung einer Entspannung, indem sie aus dem Abbruch der Verhandlungen ihrerseits keine weiteren wirtschaftlichen oder politischen Konsequenzen zieht."

Damit hat Zaleski deutlich gesagt, daß Polen die Ausweisungs- und Niederlassungsfrage nicht gesondert vom übrigen Handelsvertrag verhandeln, eine Einigung hierüber also nicht als Vorbedingung der eigentlichen Vertragsverhandlungen anerkennen will. Zaleskis weitere Erklärung, daß Polen den Berliner Abbruch nicht mit Vergeltungsmaßnahmen beantwortet hat, wird auch durch die Tatsache bestätigt, daß der polnische Finanzminister angeordnet hat, ungeachtet des Zollkriegs Warenproben aus Deutschland ungehindert und unverzollt einzulassen.

Dann dementierte Zaleski die Meldungen, daß zwischen Polen und England Verhandlungen zur Bildung einer gemeinsamen Front gegen Sowjetrußland im Zuge seien, nachdrücklich, indem er folgende Erklärung abgab:

„Ich ermächtige Sie zu der Erklärung, daß alle solche Meldungen, von welcher Seite sie kommen, einfach absurd sind, und daß sie entweder auf Sensationslust oder auf eine Propaganda zurückgehen, die den Ostrand Europas nicht zur Ruhe kommen lassen will. Ich erkläre ausdrücklich und entschieden, daß niemals irgendwelche englische Seite, am allerwenigsten die englische Regierung an die polnische Regierung mit dem Vorschlag oder auch nur mit der leisesten Suggestion herangetreten ist, die Lage in Europa zu verschärfen durch Bildung einer gemeinsamen Front gegen Rußland. Bei seiner auf Frieden gerichteten Politik legt Polen besonderen Wert auf die Erhaltung und Pflege friedlicher, gut nachbarlicher Beziehungen zu Sowjetrußland."

In der Tat wird die Neubesetzung des polnischen Gesandtenpostens in Moskau mit Dr. Patek, sowie die Besetzung der Leitung des Ostreferats im polnischen Außenministerium mit dem sozialistischen Abg. Holuska als friedensfördernd betrachtet.

Sommerzeit in Frankreich. Der Minister für öffentliche Arbeiten hat angeordnet, daß in der Nacht zum 10. April um 11 Uhr die Uhren um 60 Minuten vorgerückt werden.

Die Genfer Verhandlungen.

Offizielle Tagesordnung und „private" Gespräche.

V. Sch. Genf, 5. März.

Die vierteljährliche Tagung des Völkerbundsrates, die am Montag in Genf beginnt, sollte ursprünglich in Berlin stattfinden. Wie erinnerlich, war im Herbst vorigen Jahres allgemein davon die Rede, daß die Mächte darin überein gekommen wären, um die Tatsache und die Bedeutung des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund zu unterstreichen, eine der nächsten Sessionen des Rates in der Hauptstadt des Deutschen Reiches abzuhalten. Es lag um so näher, diese Idee auszuführen, als ja der Vorsitz im Rat turnusmäßig bereits im Dezember Deutschland zufallen sollte und als Dr. Stresemann nicht gut ein neues Mal seinen Verzicht mit einer ungenügenden Praxis der Völkerbundsgeschäfte begründen konnte.

Der deutsche Außenminister wird auch tatsächlich auf der neuen Tagung den Vorsitz führen, was für ihn und vor allem für Deutschland ein ehrenvolles Amt ist. Wir hoffen, daß es ihm dank seiner parlamentarischen Routine und seiner sonstigen geistigen Elastizität gelingen wird, seine fremdsprachigen Hemmungen so zu überwinden, daß seine Geschäftsführung auch nicht äußerlich darunter leidet.

Die Absicht, die Ratstagung in Berlin abzuhalten, die noch vor drei Monaten in der ganzen Weltpresse geäußert wurde, ist hingegen längst und stillschweigend aufgegeben worden. Dieses hängt offenkundig mit der Versteifung der Beziehungen zwischen Deutschland und den übrigen Locarnomächten zusammen, die seit der Bildung der Bürgerblockregierung im Reiche eingetreten ist.

Daß der deutsche Vertreter zum ersten Male einer Tagung des Völkerbundsrates präsidiert, bildet eigentlich die Sensation jener Genfer Zusammenkunft, die sonst keine allzu aufregende Tagesordnung hat. Die Hauptpunkte des Verhandlungsprogramms berühren zwar deutsche Interessen und sie sind vor allem für bestimmte Teile des deutschen Volkstums von großer Wichtigkeit, aber es läßt sich beim besten Willen von ihnen nicht behaupten, daß sie im Mittelpunkt der europäischen Politik stehen. So werden, wie üblich, Danziger Fragen den Rat beschäftigen. Die in Aussicht gestellte Völkerbundsanleihe zur Sanierung dieses künstlichen Gebildes stößt auf große Schwierigkeiten, deren Ursachen letzten Endes in den Bestrebungen Polens liegen, die wirtschaftliche und politische Selbständigkeit der Freien Stadt Danzig einzuschränken.

In der gleichen Linie liegen die oberschlesischen Probleme, über die der Rat zu entscheiden haben wird. Auch hier handelt es sich um polnische Versuche einer Zurückdrängung des Einflusses der deutschsprachigen Bevölkerung. Der Deutsche Volksbund in Polnisch-Oberschlesien hat eine eingehende Klage über die vertragswidrige Beeinträchtigung der deutschen Minderheitsschulen durch die polnische Verwaltung an die vom Völkerbund eingesetzte gemischte Kommission gerichtet, deren Präsident, der Schweizer Calonder, die deutschen Beschwerden fast auf der ganzen Linie für berechtigt erklärt hat. Auch hier wird der Rat als letzte Instanz entscheiden müssen.

Relativ am interessantesten, weil am heikelsten, wird die Beratung der Saarfragen sein. Es handelt sich um die seit nahezu zwei Jahren immer wieder angeschnittene und bisher stets vertagte Frage der Zurückziehung der französischen Besatzung aus dem Saargebiet und ihrer Ersetzung durch die im Versailler Vertrag vorgesehene lokale Gendarmerie. Von französischer Seite wird nun immer wieder darauf hingewiesen, daß, solange ein Teil des Rheinlandes und die Pfalz besetzt bleiben, das Saargebiet, das im Rücken der zweiten und der dritten Zone liegt, schon wegen der Sicherung des Eisenbahnverkehrs nicht völlig militärisch geräumt werden könne. Ein rechtlich unhaltbarer Standpunkt, der sich allerdings, wie objektiv zugegeben werden muß, auf beachtenswerte technische Argumente stützen läßt.

Die vernünftigste und beste Lösung dieser Schwierigkeit würde zweifellos darin liegen, daß Frankreich die zweite und die dritte Zone unverzüglich räumte und daß gleichzeitig oder sehr bald danach die Saarfrage dadurch endgültig aus der Welt geschafft würde, daß das ganze Gebiet ohne die gänzlich überflüssig gewordene Abstimmung Deutschland zurückgegeben würde. Wäre eine solche ideale und gerechte Lösung in absehbarer Zeit zu erreichen, dann würde man auf die Erörterung jenes Teilproblems der Saarbesatzung ohne weiteres verzichten können. Daran hatte man in den Tagen von Thoiry offenbar gedacht. Leider ist inzwischen jener Rückschlag eingetreten, der eine baldige Räumung des besetzten deutschen Gebietes einstweilen nicht erhoffen läßt, und es ist nur zu begreiflich, daß die Saarbevölkerung in Erkenntnis dieser Tatsache auf eine Entscheidung in ihrer eigenen Besatzungfrage drängt, zumal der Wortlaut des Versailler Vertrages für die Erfüllung ihrer Forderungen spricht.

Es ist nun ein Kompromißvorschlag ausgearbeitet worden, der darin gipfelt, die Besatzung bis auf 800 Mann zurückzuziehen, die als „internationale" Verkehrsschutztruppe mit besonderer Uniform im Saargebiet verbleiben sollen. Ein gewiß unbefriedigendes Verlegenheitskompromiß. Aber dieser Vorschlag ließe sich zur Not akzeptieren, wenn man die Gewißheit gewinnen würde, daß der Geist der Regierungskommission ein anderer werde, als er bisher war. Die Garantie dafür kann nur durch einen Personenwechsel innerhalb der Kommission geliefert

werden, wobei nicht nur auf die Ernennung eines wirklich neutralen Präsidenten an Stelle der zurückgetretenen Kanadiers Stephens, sondern auch auf die Ersetzung des hyperfranzösischen Belgiers Lambert durch eine objektivere Persönlichkeit Wert gelegt werden muß.

Deutschlands Position gegenüber all diesen Fragen, die es teils unmittelbar, teils aus begreiflicher Stammessolidarität berühren, ist jetzt zum Teil stärker, zum Teil auch schwieriger geworden. Jetzt wirkt es an den Lösungen des Völkerbundsrates mit. Gegen den Widerspruch des deutschen Vertreters kann keine Entscheidung getroffen werden. Das erleichtert zweifellos in ungeheurem Maße — im Vergleich zur Vergangenheit — die Verteidigung der deutschen Interessen. Zugleich aber bedeutet dieser Umstand einen Zwang zum gutwilligen Kompromiß. In der internationalen Diplomatie und ganz besonders in der Genfer Völkerbundsatmosphäre läßt sich ein nationaler Standpunkt niemals hundertprozentig durchsetzen. Aber je größer der Prozentsatz der Nachgiebigkeit ist, den man im Interesse der Gesamtstellung seines Landes in der Weltpolitik aufbringen muß, desto größer ist auch die Gefahr, von der nationalistischen Demagogie im eigenen Lande angegriffen und verleumdet zu werden. Vielleicht ist diese Gefahr für Herrn Stresemann zurzeit geringer, nachdem die Deutschnationalen in die Reichsregierung eingetreten sind. Menschenkenner behaupten sogar, daß das einer der Hauptgründe war, weshalb gerade er sich während der Krise für das Zustandekommen des Bürgerblocks eingesetzt hat.

Soviel über den offiziellen Teil der Genfer Ratstagung. Aber wie schon im Dezember 1926, als die eigentliche Tagesordnung des Völkerbundrates nur nebensächliche Bedeutung hatte im Vergleich zu den sonstigen Besprechungen der Staatsmänner über die Aufhebung der Militärkontrolle, so wird sicherlich auch diesmal das politische Schwergewicht auf jene Beratungen gelegt werden, die hinter den Kulissen des Völkerbundrates abgehalten werden. So dürften die Außenminister Deutschlands und Polens in den nächsten Tagen die Gelegenheit ihres Zusammentreffens in Genf wahrnehmen, um zu versuchen, den unerquicklichen deutschpolnischen Konflikt soweit zu beheben, daß die unterbrochenen Handelsvertragsverhandlungen demnächst wieder aufgenommen werden können.

Ein weiterer wichtiger Gegenstand der „privaten" Genfer Unterhaltungen dürfte die Lage im Fernen Osten sein. Dabei ist immer mit der Möglichkeit zu rechnen — besonders wenn in den nächsten Tagen kritische Ereignisse eintreten sollten —, daß der chinesische Vertreter im Rat, Tschu, einen Vorstoß gegen England im Völkerbundrat unternimmt.

Im Zusammenhang mit China wird natürlich auch der englisch-russische Konflikt im Vordergrund der Genfer Gespräche stehen. In allen diesen Fragen wird sich Deutschland davor hüten müssen, Partei zu ergreifen. Es hat kein Interesse daran, sich in einen Gegensatz zu Großbritannien treiben zu lassen, aber es muß mit der gleichen Entschiedenheit jeden Versuch zurückweisen, sich in eine Front gegen das russische oder chinesische Volk drängen zu lassen. Deutschland kann wohl in diesen Dingen eine bedeutungsvolle Rolle spielen, aber nur eine Vermittlerrolle, am besten im Einvernehmen mit Frankreich.

Natürlich wird die deutsch-französische Frage, d. h. in erster Linie die Räumungsfrage, zwischen Briand und Stresemann, wiederum erörtert werden. Die Erklärungen des französischen Außenministers vor den deutschen Pressevertretern in Paris am Donnerstag zeigen, daß er sich, da er nun einmal nach Genf fährt und mit Stresemann zusammentrifft, einer Aussprache über jenes Problem nicht ausweichen will, das er selbst als das Kernstück der europäischen Friedenspolitik nach wie vor ansieht. Ob aber die Erörterung uns dem erstrebenswerten Ziel der baldigen Rheinlandräumung näherbringen wird, muß leider bezweifelt werden. Es wäre schon, so wie die Dinge seit dem Rechtsumschwung in Deutschland nun einmal liegen, ein beachtlicher Erfolg, wenn es Stresemann gelingen würde, durch seine neue Aussprache die gleichen günstigen psychologischen Voraussetzungen zu schaffen, die in den Septembertagen von Genf und Thoiry vorhanden waren, und das Mißtrauen zu zerstreuen, das durch den Eintritt der bisherigen Gegner der Verständigungspolitik in die Reichsregierung bei unseren Verhandlungspartnern entstanden ist.

„Der Höhepunkt."

Kommunisten, die sich als Sozialdemokraten kostümieren.

„Den Höhepunkt des Nachmittags bildet die Verlesung des Briefes der 32 sozialdemokratischen Genossen an den ADGB. und den Parteitag durch den Vorsitzenden Pieck." So liest man im heutigen Stimmungsbild der „Roten Fahne" über die gestrige Sitzung des Essener kommunistischen Parteitags.

Sozialdemokraten müssen doch etwas ganz Feines sein. Wenn der große Teddy Thälmann redet, ist es nichts. Aber wenn Sozialdemokraten kommen, gleich hat der Parteitag einen „Höhepunkt".

Komische Sozialdemokraten allerdings, die auf den kommunistischen Parteitag gehen, um diesem — laut Bericht der „Roten Fahne" — zu erzählen, daß „ihre" Partei „das Proletariat in die Arme des Bürgerblocks getrieben hat".

Komische Sozialdemokraten allerdings, die — wieder nach dem Bericht der „Fahne" — schon längst einen solchen Schritt planten, ihn aber immer wieder unterließen, weil sie Furcht hatten, aus unserer Organisation herausgeworfen zu werden. Warum waren diese guten Leute nicht so tapfer, sich der KPD. anzuschließen, noch ehe sie aus ihrer Partei hinausgeworfen werden?

Aber wären sie Kommunisten, so wären sie ja nicht so schrecklich interessant. Also müssen sie „Sozialdemokraten" sein, die in sämtlichen Gelenken schlottern aus Furcht, sie könnten hinausgeworfen werden. Ordentlich gruselig wird einem dabei!

Schreckliche Leute sind diese Sozialdemokraten. Sie werfen sogar Mitglieder hinaus, die sich der Regie einer fremden, sie bekämpfenden Partei dazu hergeben, um auf ihren Parteitagen als Gratulanten aufzutreten.

Dagegen sind die Kommunisten ein Musterbeispiel von Toleranz. Siehe Teddy Thälmann, der die Parteitagsdelegierten mit dem Hinauswurf aus der KPD. bedroht, wenn sie bei Kommunisten einer anderen Gruppe, auf der Konferenz der Ruth Fischer-Maslow, einen Besuch machen.

Aber nicht die Bedrohung von Parteitagsdelegierten mit dem Hinauswurf war der Höhepunkt. Der Höhepunkt war das Auftreten der als „Sozialdemokraten" kostümierten kommunistischen Parteitagsgratulanten.

Massenflucht aus der „Granatenpartei". Hunderttausende vormals kommunistischer Arbeiter finden den Weg zur Sozialdemokratie zurück. Der kommunistische Parteitag aber findet seinen Höhepunkt in einer Maskenveranstaltung, bei der sich einige der noch übrig gebliebenen Kommunisten als „Sozialdemokraten" kostümieren!

Kinder! Kinder!

Wer ist Wenzki?

Essen, 5. März. (Eigener Drahtbericht.) In der Berichterstattung über den kommunistischen Parteitag in Essen wird u. a. auch in reklamehafter Aufmachung von dem Auftreten eines „sozialdemokratischen Arbeiter" Wenzki gesprochen, der „mit lebendigen Worten die Grüße der sozialdemokratischen Massengenossen übermittelte". Es lohnt wirklich nicht, diesen groß aufgemachten Wenzkischwindel ernster zu nehmen als den jungen noch nicht 22jährigen Volkstribun selbst, der schon seit einiger Zeit im Ruhrgebiet herumreist und sich als radikalen Helden in allen möglichen Veranstaltungen feiern läßt. Zur Kennzeichnung der kommunistischen Reklame ist es jedoch wichtig, mitzuteilen, daß dieser Sozialdemokrat Wenzki im Parteileben der SPD. nirgendwo in Erscheinung getreten ist. Nicht einmal das Amt eines Funktionärs wurde dem jungen Mann während zweijähriger Mitgliedschaft angetragen. Er erregte mit seinen Redensarten in parteigenössischen Kreisen nur mitleidiges Lächeln. Charakteristisch ist die Tatsache, daß dieser Wenzki, einmal von der Partei gestellt, Fe- stritt, die in der kommunistischen Presse veröffentlichten Aeußerungen gegen die „verräterische Sozialdemokratie" getan zu haben. Nur dem Versprechen, von der kommunistischen Presse eine Berichtigung zu fordern, verdankt Wenzki noch seine Mitgliedschaft, er wäre sonst schon vor einigen Wochen ausgeschlossen worden. Daß er nach seinem letzten Auftreten als „sozialdemokratischer Arbeiter" auf dem kommunistischen Parteitag seiner Mitgliedschaft in der Partei verlustig wurde, versteht sich von selbst. Die Kommunistische Partei gibt sich mit seiner Hilfe nur der Lächerlichkeit preis.

Fridericus Holtz.

Ein Bekämpfer republikanischer Korruption.

Berlin ist groß. In einer großen Stadt erscheinen auch allerlei Presseerzeugnisse zweifelhafter oder auch unzweifelhafter Natur. Ihnen gegenüber gibt es für anständige Leute nur einen Grundsatz: ihnen keine Beachtung zu schenken. Nun sind wir aber wiederholt gefragt worden, warum wir uns um den frei erfundenen Schmutz, mit dem der sogenannte „Fridericus" allwöchentlich republikanische Führer überschüttet, nicht im geringsten kümmern. Töten wir es, so hieße das, dem Fridericus Karl Holtz, der das Blatt macht und zeichnet, zu viel Ehre antun. Dieser Herr hat seinen Beruf zum monarchistischen „Schriftsteller" erst entdeckt, nachdem er sich als Beamter durch grenzenlosen Leichtsinn amtlich unmöglich gemacht hatte. Er ist vielmals vorbestraft, keineswegs nur wegen Pressevergehen, sondern auch von anderem abgesehen, wegen Untreue, Unterschlagung und Betrug.

Der Gesinnungsfreund dieses Fridericus Holtz, Herr W. Bacmeister, schrieb jüngst in der „Bergisch-Märkischen Zeitung", „daß er die braven Leute vom „Fridericus" beglückwünsche" — warum auch nicht, kämpfen die Herrschaften doch vereint gegen die „republikanische Korruption". Wir denken an ein bekanntes Wort des alten Fritzen und verzichten auf das zweifelhafte Vergnügen, uns mit solchen Leuten herumzuschlagen.

Abschluß der Graff-Affäre.

Kaws und Engler zu 10 Jahren Gefängnis begnadigt.

Stettin, 3. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Graff-Affäre, die seinerzeit erhebliches Aufsehen erregte, hat nunmehr ihren Abschluß gefunden. Die beiden im Juli 1924 vom Schwurgericht Stettin zum Tode verurteilten ehemaligen Polizeiwachtmeister Kaws und Engeler sind vom preußischen Staatsministerium zu 10 Jahren Gefängnis begnadigt worden. Die im besetzten Gebiet von einem belgischen Gericht wegen der Ermordung des Leutnants Graff zu Unrecht Verurteilten sind, wie erinnerlich, schon vor einiger Zeit entlassen worden.

Die ermäßigten Lebensmittelzölle.

Bis Ende Juli verlängert.

Das Reichskabinett hat beschlossen, die bestehende Ermäßigung der Lebensmittelzölle — sie sind auch so wahrlich hoch genug! — bis zum 31. Juli d. J. zu verlängern. Nach § 4 des Zollgesetzes ist die Reichsregierung berechtigt, diese Verlängerung durch Verordnung, also ohne Befragung des Reichstagsplenums, vorzunehmen, und so wird auch verfahren.

Marx bei Löbe. Der Reichskanzler Dr. Marx stattete heute mittag 12 Uhr in Begleitung des Reichstagsabgeordneten Dr. Moses dem Reichstagspräsidenten Genossen Löbe einen Besuch in der Klinik ab. Der Reichskanzler gab seiner Freude über den bisherigen guten Verlauf der Operation Ausdruck und fügte die Hoffnung hinzu, den Präsidenten bald wieder in alter Frische und bei gutem Humor seines Amtes walten zu sehen. Löbe war über den Besuch des Reichskanzlers sichtlich erfreut.

Sachsens neuer Innenminister. Der sächsische Ministerpräsident hat den Professor des öffentlichen Rechts an der Universität Leipzig, Dr. jur. Willibald Apelt, der der Demokratischen Partei angehört, zum Minister des Innern ernannt.

Schanghai.

Von einem Gelegenheits-Kohlentrimmer.

„Look — see master; look — see, Master! Allright? Allright?" So tönt es uns in reinstem Pidgin-Englisch von allen Seiten entgegen, als wir, mein „Kollex" und ich, das Fallreep unseres lieben, alten Kastens hinunterkletterten, der uns als Trimmer von Hamburg über die Weite des Indischen Ozeans bis nach Schanghai gebracht hatte, um sich ein paar Tage zu erholen, Eisen und Maschinen aus seinem Schlund zu speien und den unersättlichen Bauch mit allerhand Chinawaren vollpfropfen zu lassen.

Kaum sind wir unten und haben wieder festen Boden unter den Füßen, als wir von einem reichlichen Dutzend wild schreiender, tobender, fuchtelnder Kulis umringt werden, deren Geheul sich bei näherem Zuhören als eine ebenso herzhafte, wie vergebliche Bemühung um die Reize der englischen Sprache ausnimmt. Wenn die Zunge versagt, müssen Arme, Beine, ja der ganze Körper mithelfen, um uns klarzumachen, daß wir eine Riksha mieten sollen. Es sind Riksha-Kulis. Sie bieten uns ihr Gefährt an, jenen eigentümlichen zweirädrigen Karren, dessen Lenker und Zugtier der Kuli ist.

Wir schließen uns dem ersten besten an, besteigen seinen Wagen und — heidi, so geht es in scharfem Tempo der inneren Stadt zu. In langen federnden, fast springenden Sätzen läuft der Chinese vor uns her, kaum langsamer als der Pony des Ponywagens. Kaleidoskopartig, in flimhafter Raschheit gleiten Straßenbilder und Passanten an uns vorbei, auf die wir in lächelnder Ueberlegenheit herabblicken. Sanft nach hinten gelehnt, vergessen wir — die Kulis des Ozeandampfers — in der leicht über den Asphalt wippenden Riksha den Chinesen vor uns, der sich für uns anstrengt. Uns trennt eine Wand von Gedanken, die man leichthin „Zivilisation" nennt.

Hafenviertel und „Broadway-East" liegen hinter uns. Auf einer breiten Brücke überqueren wir den Soochowfluß und befinden uns bald im Fremdenviertel, in der englischen Konzession. Fast könnte man vergessen, in China zu sein und sich in Amerika glauben. Weltstädtischer Verkehr, eine Unzahl von Trams und Autos umtost uns. Weit erstreckt sich vor unseren Augen der „Bund", die Hafenstraße. Rechts türmen sich in langer Reihe die stolzen und protzenden Wolkenkratzer der englischen Banken und Schiffahrtsgesellschaften, Gebäude von einem Ausmaß, einem Prunk und Luxus, wie wir ihn in Deutschland höchstens in Hamburg kennen oder aber auf den Bildern des hochkapitalistischen New York gesehen haben. Hier sind die Paläste derer, die tatsächlich Schanghai und sein Hinterland beherrschen und all den Stolz und die Brutalität einer Herrscherkaste in jeder Aeußerung ihres Lebens, in jedem Blick zur Schau tragen.

Wir verlassen die Hauptstraße und biegen mit unserer Riksha in irgendeine Querstraße ein. Im Nu, in wenigen Sekunden, ist die englisch-amerikanische Hochburg den Blicken entschwunden. Enger werden die Gassen, schlechter das Pflaster. Von europäischer Bauart der Häuser ist nichts mehr zu sehen! Die überragenden schönen Gestalten der indischen Polizisten sind bald verschwunden! Das Gewühl der Straßenbahnen und Autos ist wie durch einen Zauber hinweggefegt. Weit und breit zeigt sich kaum ein europäisches Gesicht, überall nur „Chinamen". Die Rikshakeute müssen sich mit ihren stereotypen „Heho"-Rufen mühsam einen Weg bahnen. Nur als einen Typus empfinden wir den Chinesen. Da brüllen Straßenhändler, dort preisen Verkäufer in schrillen Tönen ihre Ware an, hier neben uns streckt wimmernd ein altes Mütterchen, Mitleid und Entsetzen einflößend, ihre nackten Armstümpfe in die Luft, immer dieselben für uns unverständlichen Worte vor sich hinweinend. Keiner kümmert sich um sie! Es mutet wie eine „notwendige" Begleiterscheinung europäischer Zivilisation an.

Sein charakteristisches Gepräge aber erhält das Straßenbild durch die vielen bunten Fahnen, die in unabsehbarer Reihe unseren Weg umsäumen. Eine fast betäubende Buntheit und schreiende Farbensinfonie flattert im Winde und überfällt unser Auge. Nirgends ein Ruhepunkt! Immer neue Schriftzeichen und Drachenfratzen umfluten uns.

Es ist Abend. Eine verwirrende Fülle von Lampions und Laternen, die jeder Ladenbesitzer heraushängt, umströmt uns. Von allen Seiten Licht, rot, blau, grün und weiß, auch dadurch eine Atmosphäre von Wärme, Lebendigkeit und Bewegtheit erzeugend. Man vergißt sehr bald und gern die riesigen blendenden Bogenlampen Europas, die im Vergleich mit den hiesigen doch nur kalt und tot, allzu zweckmäßig erscheinen.

Es duftet aus den Gassen und den Schmutzwinkeln, es duften am meisten die Menschen selbst! Schwer zu beschreiben ist ihr Geruch, eine Mischung vielleicht von Moschus und Knoblauch. Beim einzelnen wohl nur schwach wahrnehmbar! — Die Masse strahlt ihn unwiderstehlich aus. — Alles durchdringt er. Nirgends kann man sich ihm entziehen. Alle diese Düfte vermischen sich zu einem Brodem, durchsetzen die ganze Luft. Man muß ihn einmal in der Nase gehabt haben, um ihn nie wieder zu vergessen. Schon von weitem kündet er dem Eingeweihten die Nähe der „Söhne des Himmels".

So tritt uns dies seltsame Land auch in den Aeußerungen des alltäglichen Lebens als etwas völlig Fremdes, Unbekanntes, ja Unverständliches, von einem anderen Lebensrhythmus Getragenes entgegen. Und doch fühlen wir eines unbedingt: Dahinter steckt ein Leben voll starker Bewegtheit, getrieben von Impulsen, die von unverfälschter Eigenart ausgelöst sind.

Die deutsche Theaterausstellung Magdeburg.

Die Leitung der „Deutschen Theaterausstellung Magdeburg 1927" hatte am Freitag zu einer Kundgebung im Sitzungssaal des Herrenhauses eingeladen. Oberbürgermeister Beims-Magdeburg begrüßte die Erschienenen. Die Stadt Magdeburg, so führte er aus, hatte die Deutsche Theaterausstellung vorbereitet, weil es wichtig erschien, in dieser Zeit des Ringens um die Wiedererlangung der Weltgeltung auch für die deutsche Theaterkunst und damit für die deutsche Kultur etwas zu tun. Weit über die deutschen Grenzen hinaus hat der Ruf der Stadt ein lebhaftes Echo ausgelöst: die Schweiz, Oesterreich, Lettland und andere mitteleuropäische Länder und fast alle Theater im Auslande beteiligen sich an der Ausstellung. Aber auch in westlichen und südlichen Ländern hat die schon geleistete Arbeit Aufsehen erregt. Was bisher geleistet wurde, hat Magdeburg aus eigenen Mitteln geleistet. Die pekuniäre Hilfe ist bislang von Reich und Staat versagt geblieben. Das Werk kann aber bei seiner Eigenart nur dann einen vollen Erfolg haben, wenn alle Interessierten opferwillig daran mitarbeiten.

Dr. Rapp, Leiter des Theatermuseums in München, verbreitete sich dann über Sinn und Ziel der Ausstellung. Den Kern der Ausstellung bildet das deutsche Theater der Gegenwart. Die deutsche Theaterkultur von heute ist das Grundthema, das in aller Ausführlichkeit und Breite, in ursächlichen Zusammenhängen und bildhafter Aeußerung gezeigt werden wird. Aber auch die Verflechtung des Theaters mit der Wirtschaft und den sozialen Bestrebungen unserer Zeit wird augenfällig werden. Dr. Rapp gedachte hierbei der Arbeit der großen Organisationen.

Darauf sprach der preußische Kultusminister Dr. Becker. Er betonte, daß er gern das Protektorat über die Ausstellung übernommen habe. Soweit es an ihm liege, soll der Ausstellung alle staatliche Förderung zuteil werden. Wenn der preußische Staat sich für die Magdeburger Ausstellung einsetze, so geschehe es, weil für den Staat das Theater besondere, für einen Kulturstaat unentbehrliche Werte allen geistig Aufgeschlossenen eines Volkes vermittle. Die hohe ethische Wirkung des Theaters sei es, auf die das vielbelächelte Dichterwort von der „moralischen Anstalt" zielte; an ihr ist der Staat durch seine inneren Pflichten interessiert. Hier lebt ihm ein dauerndes, weithin vernehmliches Parlament. Der Staat hat Mittel zu bieten, die Bestrebungen zu fördern, die dieser geistigen Freistatt zugute kommen. Wem es ernst ist mit dem Geistigen, dem ist es ernst mit dem Theater.

Als letzter Redner sprach der Vorsitzendes des Aufsichtsrates C. Miller-Magdeburg. Er betonte besonders die geplante und sicherlich auch zu erreichende Wirkung der Ausstellung auf die große Menge. Die Besucher sollen dabei nicht nur vor, sondern auch hinter der Bühne sitzen; die große Volksbühne wird von hinten her dem Beschauer ein imposantes Bild vermitteln von dem, was hier an Arbeit zu leisten ist.

Erstaufführungen der Woche. Dienst Theater des Westens: „Comédie française". — **Mittw.** Städtische Oper: „Falstaff". Freit. Theat. Lützowstraße: „Die Frau ohne Mann". **Sonnab.** Schauspielhaus „Ein besserer Herr".

Urania-Veranstaltungen. Sonnt. (3): „Brasilien und die deutsche Auswanderung". (9): „Bewegungstechnik". **Täglich:** Rußlandfilm: „Das rote Geheimnis" mit Vortrag von Dr. Schmitz. **Dienst. Donn. Freit. Sonnab.:** Karikaturenzeichner Richards". **Dienst.** (9): „Feuerbestattung". **Mittw.** (7): Prof. W. Liepmann: „Weltanschauung und Gesundheit". **Donnerst.:** „Genußmittel". **Sonnab.** (5): Chriss. Leden: „Ueber Niwatins Eisfelder". (9): „Von der Kopieranstalt bis zur Kinoleinwand".

Die Hans Thoma-Graphik-Ausstellung in den Räumen der Akademie der Künste, Pariser Platz 4, wird am Sonntag, den 6. März, nachmittags 5 Uhr, geschlossen. **Der Eintrittspreis** ist für die letzten Tage auf 0,50 RM. ermäßigt worden.

Kreditwünsche der Provinz Brandenburg.

Zur Förderung der brandenburgischen Grenzmark.

Der Brandenburgische Provinziallandtag nahm am Freitag einstimmig eine Vorlage an, die den brandenburgischen Grenzkreisen im Osten, insbesondere den dortigen Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden, einen Kredit von zwei Millionen Reichsmark auf drei Jahre zu den Selbstkosten, höchstens aber zu sieben Prozent Zinsen zur Verfügung stellen will. Diese Kredite sollen in den einzelnen Kreisen durch die jeweiligen Sparkassen verteilt werden.

In der Begründung wies der Berichterstatter auf die schweren Schädigungen hin, die dem Osten der Provinz Brandenburg durch den Verlust der östlichen Absatzgebiete infolge des Versailler Diktats entstanden sind. In Frankfurt a. d. O. sind 50 bis 60 Proz. der Gesamtarbeiterschaft erwerbslos, die Textilindustrie in den fraglichen Kreisen liegt fast völlig danieder. Hinzu käme, daß Tausende von Flüchtlingen in diese Ostgrenzmarken der Provinz Brandenburg geströmt sind. Hierdurch sei auch die Wohnungsnot ganz erheblich verschärft.

Verlangt wurde unter anderem die Kultivierung des Netze-, Warthe- und Oderbruchs sowie die Ausführung von Flußregulierungsarbeiten mit Reichs- und Staatshilfe. Ebenso wurde die Förderung der Bauernsiedlung nachdrücklich gefordert. In der Debatte erklärte ein Vertreter der Girozentrale die Bereitschaft seiner Organisation, zwei Millionen Mark an Krediten zur Verfügung zu stellen. Die Linksparteien verlangten, daß der Zinsfuß für die geforderten Kredite niedriger als 7 Proz. gehalten werden soll.

Die Waffen im Arsenal.

„Altmaterial" — nicht Schutzbundrüstung.

Die Wiener Christlichsozialen — und in Uebereinstimmung mit ihnen auch reichsdeutsche Reaktionsblätter — verbreiten geflissentlich die Behauptung, im ehemaligen Wiener Arsenal habe man funkelnagelneue Waffen in großen Mengen — jetzt sind es schon 10 000 Gewehre — beschlagnahmt, und der Republikanische Schutzbund, die Abwehrorganisation der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, sei der wahre Eigentümer und Aufstapler dieser Waffenvorräte. Sogar die christlichsoziale Bundesregierung des so fanatischen Antisozialisten Dr. Seipel und selbst ihr aggressivstes Mitglied, der Wehrminister Vangoin, haben bisher diese Behauptung nicht aufzustellen gewagt — wahrscheinlich darum, weil sie sofort genötigt würden, sie zu beweisen; aber hintenrum läßt man diese Mär kreisen und verrät dadurch nur um so deutlicher, daß die ganze Aktion ein Wahltrick ist, unternommen, um durch einen „Bolschewisten"schreck all die Sünden der Christlichsozialen vergessen zu machen — von ihrer turmhohen Korruption und der Verschleuderung von Staatsgeldern zur Sanierung von (überdies noch jüdischen) Spekulanten bis zu ihrem neuesten Wucherzollprojekt und bis zur Verzettelung und aufreizenden Verschlechterung der Sozialversicherung.

Demgegenüber ist festzustellen, daß das ehemalige Arsenal nach dem Zusammenbruch dank der Energie unserer Genossen nicht einfach und dauernd stillgelegt, sondern in die gemeinwirtschaftlichen „Oesterreichischen Werke" umgewandelt worden ist. Da wurden, wie wir selbst einmal zu sehen Gelegenheit hatten, landwirtschaftliche Maschinen aller Art mit leichten und billigen Hilfsmotoren, solche auch für Fahrräder und Boote, sowie Jagd- und Kleinwaffen von ausgezeichneter Qualität bis zur Luxusausstattung hergestellt und zwar durchaus mit Genehmigung der scharf aufpassenden Interalliierten Abrüstungskontrollkommission. Die jetzt durch einen vollkommen rechtswidrigen Einbruch unter gesetzwidrigem Militäraufgebot, und zwar unter Heranziehung nur solcher Kompagnien, die größerenteils aus christlichsozialen „Wehrbündlern" bestehen, aus dem Arsenal weggeholten Gewehre und Gewehrbestandteile sind alte Restbestände noch von der Demobilisierung her. Zu ihrer Verwertung ist eine eigene Verwertungsstelle errichtet worden, die ins In- und Ausland verkaufte und zu ihren Käufern gehörte auch — das Vangoinsche Bundesministerium für Heereswesen! Jetzt freilich war es des Kaufens und Zahlens müde und holte sich die Bestände einfach so — mit brutaler Gewalt, durch Einbruch in eine Zivilfabrik, deren Haupteigentümer übrigens der Staatsschatz — aber nicht das Wehrministerium — ist.

Es ist doch bezeichnend genug, daß die Regierung die Ausführungen des Genossen Dr. Bauer im Nationalrat, auf die sich vorstehende Angaben stützen, mit keinem Wort bestritten, geschweige denn widerlegt hat!

•

Der ganze Schutzbundschrecken wird aber den Christlichsozialen nichts nützen; schon aus dem einfachen Grund, weil jeder Mensch in Deutschösterreich nur zu gut weiß, daß die Heimatwehren der Gutsbesitzer und Großbauern ebenso wie die „Frontkämpfer" der städtischen Reaktionäre schwer bewaffnet sind! Sie zeigen es offen bei jeder Gelegenheit. Wir selbst erinnern uns sehr gut, beim großen Volkstrachtenfest in München am Pfingstsonntag 1921 starke Trupps Tiroler Heimatwehr mit dem Stutzen über der Schulter unter dem Jubel der fahrbayerischen Patrioten vorüberziehen gesehen zu haben. Und im Laufe der Jahre sind zwar in Deutschösterreich schon eine ganze Reihe sozialdemokratischer Arbeiter und Schutzbündler von Frontkämpfern und Hitlerianern erschossen worden — niemals aber haben unsere Genossen von Feuerwaffen Gebrauch gemacht, selbst in der Abwehr feindlicher Schüsse nicht —, weil sie eben keine Waffen führten! Noch zuletzt, nach dem feigen Mord in Schattendorf, hat es zwar Steinwürfe gegen das Mörderheim der Frontkämpfer gegeben, aber nicht einen Schuß gegen sie. Dafür hat man jetzt auch drei Schutzbündler in Schattendorf verhaftet — eine jener Provokationen, auf die es die Reaktion in Deutschösterreich systematisch anlegt.

Schwer bedroht ist die deutschösterreichische Arbeiterschaft von den hohenorts protektierten Faschisten im eigenen Lande wie von den lauernden Banden Horthy-Ungarns und von seiner starken Geheimarmee, die die Entente durch stille Duldung und offene Förderung aufzustellen geholfen hat. Das wissen nicht nur die Arbeiter und Angestellten, auch die Kleinbauern und Landarbeiter sind dessen inne. Und darum würde es den Werbeaussichten der Sozialdemokratie, deren positive Arbeit im Wiederaufbau eines gesünderen Wien ihr stärkstes Werbekapital ist, gar nicht schaden können, wenn der Schutzbund, dem Beispiel der Heimatwehren, Frontkämpfer und Hitlerianer folgend, sich sogar bewaffnete. Er tut es aber gar nicht, weil die Sozialdemokratie des ausschlaggebenden Gewichts der ungespaltenen, straff organisierten, geschulten und opferbereiten Arbeiterklasse zu sicher ist, als daß sie zu den Mordmitteln ihrer Gegner griffe. Die aber werden mit der neuen Hetze ebenso wenig erreichen wie mit ihren Ueberfällen. Im Gegenteil: die Namen der heuntückisch ermordeten Genossen werden in der Wahlschlacht befeuernd leuchten, wie die Erinnerung an die Märtyrer die Glaubensstreiter des früheren Christentums über alle Verfolgungen siegen ließ!

Die gewandelte Kaserne.

Die große alte Kaserne in der Friedrichstraße hat nicht nur ein neues, freundliches Aussehen erhalten, sie ist auch einer neuen, Büros des Landesfinanzamtes und einigen Wohnungen birgt sie jetzt fast die gesamten Betriebe und Abteilungen des Studentenwerks, das den nördlichen Flügel einnimmt. Durch geringen Umbau ist hier eine Gelegenheit geschaffen, alle bisher verstreut liegenden Abteilungen zusammenzufassen, sodaß die so dringend nötige Einheitlichkeit erreicht ist.

Ein großes freundliches Tor nimmt den Besucher auf. Im Erdgeschoß liegen wie bisher der **„Studentendruck"**, die Druckerei des Studentenwerks, und die mensa academica, die **studentische Volksküche**, in der täglich über 1200 Studenten zu einem Abonnementspreis von 40 Pf. für die Mahlzeit gespeist werden. In den oberen Räumen sind die Büros und Betriebe untergebracht. Das „Studentenwerk E. V." ist im November 1923 aus der Zusammenlegung verschiedener Unterstützungs- und Selbsthilfsorganisationen entstanden. Der aus 13 studentischen und 15 nichtstudentischen Mitgliedern bestehende Verein hat neben besonderen Aufgaben zentraler Werbung und Vertretung gegenüber Behörden und Privaten das Ziel, alle Arbeiten zur Hebung der wirtschaftlichen Lage der Berliner Studierenden zu fördern und ihre körperliche und geistige Leistungsfähigkeit zu stärken. Aus dieser Zielrichtung sind die einzelnen Zweige der Arbeit entstanden. Die Fürsorge umfaßt die Einzel- und Krankenfürsorge, die Vergünstigungen, Sachspenden, das Darlehnswesen und die Arbeit für den Bezirk Brandenburg der „Studienstiftung des Deutschen Volkes". Die Krankenfürsorge verschafft bedürftigen Studenten Heilstättenaufenthalte im Gebirge und an der See. Die Darlehnskasse gewährt hauptsächlich Examenskandidaten für die Zeit ihrer Examenvorbereitung langfristige billige Darlehn, während die in die Studienstiftung Aufgenommenen ein freies Studium und vollständige Unterstützung erhalten. Die vielseitigen Betriebe des Studentenwerks tragen wesentlich zur Verbilligung des studentischen Lebens bei und verschaffen vielen Studenten Erwerbsmöglichkeiten. Zu der schon genannten mensa academica treten **vier weitere Küchen**, sodaß insgesamt **täglich 2300 Studenten, davon 800 unentgeltlich, gespeist werden. Schuhmacherei, Schneiderei, Wäscherei**, alle so arbeitend, daß der Ueberschuß dem Unternehmen wieder restlos zugeführt wird, ermöglichen dem Studenten eine billige Erhaltung und Neuanschaffung seiner Kleidung, sodaß sein Lebensunterhalt um ein Drittel der Normalhöhe herabgesetzt wird.

Aber es gibt viele Studenten, die sich auch die nötigen Zweidrittel verdienen müssen. Sie finden Arbeit und Verdienst durch die arbeitschaffenden Betriebe. Das akademische **Erwerbsvermittlungsamt** vermittelt Studenten an Behörden und an Private. Zumeist werden Nachhilfestunden, Saisonarbeit und Aushilfe vermittelt. Viele Studenten sind in Betrieben beschäftigt, die eigens für diesen Zweck geschaffen sind. Das akademische Uebersetzungs- und Dolmetscherbüro „Akudo" Berlin hat mit großem Erfolg schon seit Jahren gearbeitet. Weitere Verdienstmöglichkeiten bieten das Akademische Informationsbüro „Zeitblick", ein sehr leistungsfähiges Büro für Zeitungsausschnitte, und als neuestes Unternehmen der „Akademische Bilderdienst", der die Bilderbeilagen der Presse mit Photographien und entsprechenden Artikeln, insbesondere solche studentisch-akademischen Charakters, versorgt.

Außer diesen Büros und Betrieben sind hier einige Räume als Versammlungs- und Aufenthaltsräume eingerichtet und noch im Entstehen begriffen, die auch den Studenten und ihren Vereinigungen zur Verfügung stehen werden. Auch ist die Zusammenlegung dieser Räume mit den Arbeitsräumen des Studentenwerks zu begrüßen, da eine engere Verbindung der Studenten mit ihrer Zentrale zu erhoffen ist. Man darf annehmen, daß durch diese Zusammenfassung der ganzen Abteilungen die Leistungsfähigkeit des Studentenwerks sich erheblich steigern wird.

Polizeibeamte als Zeugen.

Weitere Vernehmungen im Jürgensprozeß.

Zu Beginn der heutigen Verhandlung teilte der Vorsitzende zunächst mit, daß das Gericht die von der Staatsanwaltschaft und der Verteidigung vorgeschlagenen Sachverständigengutachten über die Frage, ob der Einbruch bei Jürgens von Kommunisten verübt sein kann, für diesen Fall überhaupt für unerheblich hält. Aus formalen Gründen mußte jedoch der von der Staatsanwaltschaft bereits geladene Sachverständige Polizeirat Mittasch gehört werden.

Diese Vernehmung wurde sofort durchgeführt, und zwar wurde Polizeirat Mittasch darüber gehört, ob nach den Erfahrungen der Berliner Politischen Polizei anzunehmen sei, daß Kommunisten, wenn sie Aktenstücke oder Geldbeträge rauben, oder ein Attentat gegen ihnen mißliebige Personen begehen wollen, so vorgehen, wie dies im Falle Jürgens in Stargard geschehen sein soll. Der Sachverständige betonte zunächst, daß er sich nur auf die Erfahrungen der Berliner Polizei stützen könne, die keine Zentral-, sondern eine Ortsbehörde sei. Aus diesen Erfahrungen heraus **lasse sich nicht sagen, daß es eine bestimmte Art und Weise oder eine typische Form dafür gäbe, wie Kommunisten strafbare Handlungen** dieser Art oder Straftaten überhaupt begehen. Es sei auch nicht möglich, wie es der Kriminalist bei der Bearbeitung der gewerbsmäßigen Verbrechen könne, nach der äußeren Form der Tat auf den Kreis der Täter zu schließen. Es gäbe wohl kaum eine Stelle in Deutschland, die bei diesen Straftaten derartige Feststellungen machen könne.

Dann wurde der Polizeiassistent Gerber aus Stargard vernommen, der über die ersten Nachforschungen nach dem Einbruchsdiebstahl berichtete. Er behauptete, daß der Hund des Landdirektors Jürgens nur mit dem Schwanz gewedelt und seinen Herrn angesehen habe. Auch der herbeigeholte Polizeihund habe keine Spur gefunden, weil anscheinend keine vorhanden gewesen sei, sondern habe immer die Nase hochgetragen. Auf die Frage des Vorsitzenden, **warum denn der Tatort selbst nicht gleich gesichert und Fingerabdrücke entnommen** worden seien, entschuldigte sich der Polizeibeamte damit, daß er überall im Hause habe herumlaufen müssen, und daß er das seinen Kollegen überlassen habe. — Angeklagter Jürgens: Wo hat denn der Zeuge überhaupt meinen Hund arbeiten sehen? Zeuge: Ich habe ihn einmal vom Hausflur aus gesehen. (Heiterkeit.) Vors. (scharf): Aus Ihrer Aussage hatte ich aber den Eindruck, daß Sie den Hund von Anfang an beobachtet hatten. — Auf weitere Vorhaltungen erklärte der Zeuge, daß man Haussuchungen zuerst nicht vorgenommen habe, weil man keinen bestimmten Verdacht hatte. Angeklagter Jürgens: Ich möchte den Zeugen noch einmal fragen, was er mir am Sonntag danach im Beisein des Polizeisekretärs König gesagt hatte? Zeuge (achselzuckend): Ich kann mich nicht entsinnen. Angeklagter Jürgens: Sie haben gesagt: „Herr Direktor, es hat ja keinen Zweck. Wir wollen warten, bis heute nachmittag die Landespolizei aus Stettin da ist." (Heiterkeit.) — Als der Zeuge diese Behauptung bestritt, bat der Angeklagte, die Antwort des Zeugen zu protokollieren.

Während der nunmehr folgenden Vernehmung des Polizeiassistenten Kohn erlitt Frau Jürgens, die wieder auf der Krankenbahre lag, einen Ohnmachtsanfall, der ein Eingreifen des Gefängnisarztes Dr. Hirsch notwendig machte. Da die Ohnmacht ziemlich lange anhielt, unterbrach der Vorsitzende zunächst die Verhandlung auf einige Zeit.

Großkraftdroschke I. A. 8616 geraubt.

Der Führer überfallen und niedergeschlagen.

Ein schwerer Raubüberfall wurde gestern nacht gegen ½2 Uhr in der Kameruner Straße im Norden Berlins auf den Kraftdroschkenführer Oskar Hoffmann aus der Fröauffstraße 9 zu Friedenau, der vier männliche Fahrgäste von Zehlendorf nach Berlin N. fuhr, verübt.

H., der mit seiner Kraftdroschke in der Nähe des Bahnhofs Zehlendorf hielt, wurde gestern nacht von vier Männern zu einer Fahrt nach der Kameruner Straße in Berlin gemietet. Die Fahrgäste ließen sich bis ziemlich zum Ende der Straße, die dort noch teilweise unbebaut ist, fahren. Als der Chauffeur den Aussteigenden den Fahrpreis ansagte und gerade die Uhr herunterdrückte, fielen die Männer plötzlich über ihn her, zogen ihn vom Führersitz heraus und schlugen ihn zu Boden. Bewußtlos sank H. auf den Bürgersteig. Der Vorfall blieb trotz Hilferufe des Ueberfallenen in der sehr ruhigen Straße völlig unbemerkt. Gegen ½2 Uhr kam Hoffmann wieder zu sich. Sein Wagen, eine Großdroschke, mit der Nummer I A 8616 war verschwunden. Ohne Zweifel hatten es die Täter auf den Wagen abgesehen, den sie nach einer noch unbekannten Stelle entführten. Auch die Geldtasche und sonstigen Wertgegenstände wurden H. geraubt. Der Ueberfallene erstattete den nächstliegenden Polizeirevier von dem Vorfall Anzeige, die sofort die Ermittlungen nach den unerkannt entkommenen Tätern aufnahm. Der Ueberfallene, dem mehrere Zähne ausgeschlagen wurden und der im Gesicht und am Körper erhebliche Wunden erlitten hatte, bekam auf dem Revier einen Schwächeanfall, so daß er in das naheliegende Virchow-Krankenhaus geschafft werden mußte. Von großem Interesse für die Polizei ist es, ob und in welcher Richtung Straßenpassanten gestern nacht einen Wagen mit der Nummer I A 8616 haben davonfahren sehen, bezw. wo der Kraftwagen mit der genannten Nummer auftaucht.

Ueberfälle auf Jugendliche.

Zunehmende Unsicherheit im abendlichen Berlin?

Gestern abend gegen 10 Uhr wurde der 18 Jahre alte Kaufmannslehrling Erich Schrottke aus der Finowstr. 7, als er von der Musikstunde heimkehrte, das Opfer eines Ueberfalls. Vor dem Hause Gitschiner Str. 30 fielen drei Burschen über ihn her, versetzten ihm mit einem Totschläger mehrere Hiebe über den Kopf, raubten ihm seine Geige und entflohen damit. Es gelang, einen der Räuber, einen 21 Jahre alten Otto Berg aus der Wiener Straße festzunehmen. Die Kriminalpolizei des 106. Reviers fand auch die Geige wieder, die der Räuber am Kottbusser Tor in ein Gebüsch gelegt hatte. Schrottke mußte sich im Krankenhaus am Urban mehrere blutende Kopfwunden verbinden lassen. — Vor dem Hause Herwarthstr. 15 wurde um 9½ Uhr ein Schüler Erich Albrecht aus der Thüringer Allee von mehreren unbekannten Burschen überfallen und schwer mißhandelt. Man fand den Verletzten hilflos daliegen und brachte ihn nach dem Krankenhaus Westend, wo außer Kopfverletzungen ein Unterkieferbruch festgestellt wurde. Die Ermittlungen nach den Uebeltätern, die das Ueberfallkommando und das 132. Revier aufnahmen, hatten bisher keinen Erfolg. Die Veranlassung zu dem brutalen Ueberfall ist rätselhaft. Vielleicht ist der junge Albrecht das Opfer einer Verwechselung geworden.

•

Messerhelden. Auf dem Nachhauseweg wurde in der vergangenen Nacht der 35jährige Bäcker Stanislaus Idera aus der Wadzeckstraße 15 am Kottbusser Damm von mehreren Männern überfallen und durch Messerstiche verletzt. Man brachte ihn in das Urban-Krankenhaus, von wo er nach Anlegung von Notverbänden in seine Wohnung entlassen werden konnte. Die Täter entzogen sich ihrer Feststellung durch die Flucht.

Werbeversammlungen des Arbeiter-Radio-Klubs. Um den Rundfunk in den Dienst der kulturellen Bestrebungen der Arbeiterschaft zu stellen und das Verständnis der Radiotechnik zu fördern, veranstaltet die Berliner Bezirksgruppe anläßlich der Reichskonferenz am 5. und 6. März im Gewerkschaftshaus, Engelufer, eine Bastelausstellung. Eine Abendfeier findet im Oberlichtsaal der Philharmonie am 6. März unter Mitwirkung von Ernst Toller, Gertrud Eysoldt, Alfred Beierle, Bruno Schönlank, Paul Zech, des Sprechchors der Volksbühne u. a. statt. Der Reichsvorsitzende Hoffmann, Dr. Brattskower, Dipl.-Ing. Mendelsohn und die technischen Leiter Voigt und Fischer, Ernst Friedrich werden in nachstehenden Versammlungen über kulturelle und technische Fragen sprechen. Die Versammlungen finden statt: im Bezirk Mitte, Schulaula Weinmeisterstraße, am 7. März; Bezirk Moabit, Triftstr. 63, am 8. März; Bezirk Kreuzberg, im Bezirksamt Yorckstr. 11, am 10. März, und Bezirk Pankow in der Schulaula Grunowstr. 17, am 11. März.

Ein neuer Wochenmarkt ist jetzt in der Müllerstraße eröffnet worden. Auf dem in hygienischer Beziehung vorbildlich eingerichteten Markt waren am Eröffnungstage, dem 3. März, etwa 170 Stände besetzt, die in der nächsten Zeit auf über 300 erweitert werden. Markttage: Montag und Donnerstag vormittags von 8 bis 1 Uhr, Sonnabend von 3 bis 7 Uhr.

Die Kunstgemeinde des Bezirks Charlottenburg veranstaltet am Sonntag, dem 6. März, vormittags 11 Uhr, im Lichtspieltheater Piccadilly in Charlottenburg, am Untergrundbahnhof Bismarckstraße, ein Gastspiel der Berliner Spielsaper. Spielfolge: 1. „Der Ehemann vor der Tür", Operette von Offenbach; 2. „Bitine Gräfin", Komische Oper von Flotow; 3. „Der Musikfeind", Komische Operette in 1 Akt, Text und Musik von Richard Genee. Eintrittskarten einschl. Zettel für Mitglieder 50 Pf., für Nichtmitglieder 60 Pf.

Sport.

Der Großkampftag im Sportpalast.

Den letzten Kampf des gestrigen Großkampftages um die deutsche Leichtgewichtmeisterschaft brachten den Kölner Fritz Ensel (122 Pfd.) als Herausforderer und Richard Naujoks (122 Pfd.) als Verteidiger (Titelhalter seit 8 Jahren) in den Kampfring. Zum dritten Male stand Ensel seinem großen Gegner, der ihn bereits zweimal geschlagen nach Hause schicken konnte, gegenüber. Dieser dritte Kampf kostete Naujoks aber Titel und Meisterschaft. Ensel von gestern war ein Boxer, ein Fighter, sehnig, wendig und prächtig im Angriff. Schon nach den ersten vier Runden erkannte man die haushohe Ueberlegenheit Ensels, der seinen Gegner im Ring umhertrieb und ihn traf, wo er wollte. Seine Rechte bearbeitete unaufhörlich Ohr und Kinn des Gegners. Naujoks dagegen konnte wenig landen und auch seine gefürchteten Rechten nicht anbringen. In der sechsten Runde wird Naujoks, der sehr zermürbt erscheint, schwer erschüttert. In der elften Runde, bis zu der sich Naujoks mit Mühe gehalten hat, werfen seine Sekundanten nach mehrmaligem Niedergehen auf die Bretter das weiße Tuch. Ensel ist der neue deutsche Meister. Genau wie der ungeheure Ansturm auf den Sportpalast, der schon kurz nach 7 Uhr einsetzte und die Potsdamer Straße schwarz bevölkerte, verlief der Abmarsch der 7000, die den Sportpalast füllten, dank der mustergültigen Verkehrsregelung eines starken Schupoaufgebots, ohne Zwischenfälle in allergrößter Ordnung.

Erziehung zur Wirtschaftsfriedlichkeit.

Auch in Berlin ein „Dinta“?

„Die große Masse unserer Arbeiter, und, ich muß hinzufügen, auch unserer Angestellten steht dem Werk und dem Prozeß im Werke fremd, sogar feindlich gegenüber.“ So kennzeichnete vor annähernd eineinhalb Jahren der bekannte Generaldirektor Vögler zutreffend den Stand der Arbeitspolitik der deutschen Unternehmer. Auf jener Tagung, die er mit dieser Rede einleitete, wurde die Gründung des

„Deutschen Instituts für technische Arbeitsschulung“

beschlossen. Dieses Institut, mit der unschönen Abkürzung „Dinta“, arbeitet nunmehr länger als ein Jahr. Es soll der Heranbildung eines fachlich hochwertigen, gut diszipliniertes und vor allem wirtschaftsfriedlichen Arbeiterstammes dienen. Unleugbar geht es dabei mit sehr großem pädagogischen Geschick und noch größerer Betriebsamkeit zu Werke.

Der Leiter dieses Instituts, Oberingenieur Arnold, Gelsenkirchen, hielt am Mittwoch vor dem Bezirksverein Berlin des Vereins Deutscher Ingenieure einen Vortag: „Der Betriebsingenieur als Menschenführer“, in dem er seine weitgespannten Pläne für die neue betriebliche „Erziehungsarbeit“ am Arbeitnehmer darlegte.

Arnold gibt sich als der völlig unpolitische Betriebsmann, der seine menschenökonomischen Pläne

lediglich unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten

betreibe. Immer wieder erklärt er, der umfangreiche Apparat seiner Kinderheime, Lehrwerkstätten, Werksschulen, Werkszeitungen, Hausfrauenschulen und Invaliden- und Alters-Werkstätten, habe **keinen anderen Zweck**, als einen hochwertigen Facharbeiterstamm für die deutsche Wirtschaft heranzu„züchten“. Er verbinde damit keine politischen Nebenabsichten, sagt aber im gleichen Atemzuge, er könne selbstverständlich nicht dafür, wenn die „Kraftlinien“, die sich aus dieser „betrieblichen“ Tätigkeit ergeben, in das Gebiet der Politik, der Religion oder andere gesellschaftliche Lebensgebiete hinüberschlagen. Ihn kümmere dies alles nicht, er wolle nur nach modernen pädagogischen Methoden der Arbeiterschaft alle diejenigen technisch-wirtschaftlichen Kenntnisse und charakterellen Fähigkeiten vermitteln, die sie erst zu einem erstklassigen Arbeiter machen. Arnold ist außerordentlich begeistert von seiner Aufgabe und versteht es, selbst eine kritische Zuhörerschaft zu fesseln. Was er im einzelnen schafft, ist nicht neu. Er faßt nur die verschiedenen sozialpolitischen Betriebseinrichtungen, die zum Teil schon seit Jahrzehnten bestehen,

zu einem geschlossenen pädagogischen System

zusammen. Dabei ergibt sich, daß er auf seine Weise einer Reihe von alten Forderungen der Arbeiter entgegenkommt. Sein mit der Haushaltungsschule verbundenes Säuglings- und Kleinkinderheim umschließt zum Beispiel die Erfüllung der alten Forderung nach Fabrik-Stillstuben, die in der Textilindustrie schon seit Jahrzehnten verlangt wurden. Seine Lehrlingswerkstätten und Werkstuben kommen zweifellos dem Bedürfnis nach einer guten Facharbeiterausbildung entgegen. Sie sind geeignet, alle Mängel, die die Meisterlehre heute mit sich bringt, zu beseitigen und wirklich einen erstklassigen Facharbeiter aus dem Lehrling zu machen. Die Invaliden- und Alters-Werkstätten können zweifellos eine immerhin noch bessere Versorgung des verbrauchten Arbeiters darstellen als der Genuß einer Invaliden- und Altersrente. Es ist daher auch zu begreifen, wenn Arnold, wie er mit großem Stolz berichtet, in allen seinen Betrieben gewisse Anfangserfolge erreicht und einzelne Teile der Arbeiterschaft für sich gewinnen konnte. Er richtet sich eben nach dem alten Spruch:

„Mit Speck fängt man Mäuse“.

Man kann aber über das von Arnold durch das „Dinta“ aufgestellte große Erziehungsprogramm nicht urteilen, ohne seine Hintergründe zu kennen. Nach allen Veröffentlichungen, zum Teil des Instituts selbst und ihm nahestehender Organe, nach den vielen Aufsätzen und Reden besonders Professor Dunkelmanns, aber auch einer Reihe industrieller Führer ergibt sich ganz klar, daß die Unternehmer mit diesem System der Arbeitspolitik keineswegs nur betriebswirtschaftliche Ziele verfolgen, sondern damit

sehr viel weitergehende politische Absichten

verbinden. Der Gipfelpunkt der Bestrebungen des Dinta ist eine Arbeiterschaft, die völlig auf den Betrieb eingestellt ist, sich in ihrem äußeren, aber auch ihrem ganzen inneren Sein mit dem Betrieb unlöslich verbunden fühlt. Sie soll kein anderes Ideal kennen, als das der Arbeit im Betriebe und sich dem Ingenieur als Führer widerspruchslos unterordnen. So versteht man in der Industrie den Begriff „Betriebsgemeinschaft“. Hier kreuzen sich schon die „Kraftlinien“ des Herrn Arnold mit denen der Gewerkschaftsbewegung (die bisher ohne Unterschied der Richtungen diese Bestrebungen abgelehnt hat), und an dieser Stelle wird der Kampf zwischen den Arbeitnehmerorganisationen und den Arbeitgebern über diese Arbeitspolitik ausgefochten werden. Eine betriebsgemeinschaftlich gesinnte Arbeiterschaft soll so erzogen sein, daß sie „freiwillig“ auf Lohntarife und alle anderen überbetrieblichen Vereinbarungen verzichtet. Sie wird in irgend einer Weise mit ihrem Unternehmer, ohne Rücksicht auf die Gesamtsituation im Gewerbe, betriebliche Vereinbarungen schaffen, sie wird ihrer wirtschaftsfriedlichen Einstellung gemäß niemals versuchen, ihre Forderungen mit Nachdruck und unter Hinweis auf gewerkschaftliche Machtmittel zu vertreten. Sie wird

gewerkschaftsfeindlich eingestellt,

überhaupt „unpolitisch“ sein wollen. **Dafür haben die Berliner VDI.-Ingenieure anscheinend besonders großes Verständnis.** Als ein Diskussionsredner davon sprach, daß Herr Arnold **„die Leute so mit Beschlag belegt, daß sie für Politik keine Zeit mehr hätten“**, erntete er bei einem übergroßen Teil der Versammlung **fast begeisterte Zustimmung.**

Arnold lehnt es ab, gelbe Werkvereine zu gründen, weil er glaubt, auf seinem Wege schneller und besser zum Ziele zu kommen, als die Werkvereine es je vermögen. Er hat es leicht, sich als der unpolitische, sozialdenkende, moderne Betriebführer zu geben, weil ihm die Politik, die er braucht, von seinen Unternehmerverbänden besorgt wird. Aus seinem Vortrag gewann man den Eindruck, als ob er nun, nachdem die Dinta-Bewegung in Westdeutschland festen Fuß gefaßt und in Mitteldeutschland angefangen hat Boden zu gewinnen, auch Berlin in seine Bestrebungen einbeziehen will.

Die Berliner Gewerkschaften werden gut tun, diese Entwicklung sorgfältig zu beobachten und rechtzeitig ihre Gegenaktion einzuleiten.

In der kurzen und sachlichen Diskussion wurde an dem Geschäftsbericht keine Kritik geübt. Die Versammlung beschäftigte sich dann weiter mit der vom Hauptvorstand geplanten Beitragserhöhung zum Zwecke des Ausbaues der Unterstützungen, besonders der Arbeitslosenunterstützung. Alle Redner wandten sich gegen eine Beitragserhöhung, da sie die Agitation sehr erschwere und im übrigen die Unterstützung der Erwerbslosen Sache des Staates sei. Die in den einzelnen Branchenversammlungen gewählten Branchenkommissionen sowie die zur Wahl stehenden Vorstandsmitglieder Minna Schreihart (2. Vorsitzende) und Robert Becker (2. Kassierer) wurden ohne Diskussion einstimmig bestätigt. Es folgte dann noch die Wahl einiger anderer Kommissionen. Neben einem Antrag, der gegen die von den Faschisten am 8. Mai in Berlin geplante Demonstration protestiert, wurde ein anderer Antrag einstimmig angenommen, daß aus der Lokalkasse 1500 Mark zum Ausbau der Bibliothek bereitgestellt werden sollen.

Zum Tarifstreit im Bankgewerbe.

Wie der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten mitteilt, hat das Reichsarbeitsministerium die Tarifparteien zu Montag, den 14. März, zu einer Aussprache über den ab 23. Februar ergangenen Schiedsspruch, der von der vorgenannten Organisation abgelehnt worden ist, eingeladen.

Lohnabkommen in der mittelrheinischen Bimsindustrie.

Koblenz, 5. März. (WTB.) Die Lohnstreitigkeiten in der Bimsindustrie sind durch eine im Beisein des amtlichen Schlichters abgeschlossene Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die eine Erhöhung der Lohn- und Akkordsätze um 4 Proz. vorsieht, beigelegt worden. Das neue Abkommen gilt vom 3. März 1927 bis 29. Februar 1928.

„Die schwere Not der Landwirtschaft.“

In der in Labes erscheinenden Kreiszeitung für den Kreis Regenwalde war am 1. März zu lesen:

> Dramburg, 28. Februar. Der Gutsbesitzer M. aus dem Kreise Dramburg hat im Jahre 1926 einen ausländischen Arbeiter, ohne seine Legitimationskarte erneuern zu lassen, beschäftigt und ist dafür durch Strafbefehl mit 30 M. bestraft worden. Auf den von ihm erhobenen Einspruch hin hat das Amtsgericht Dramburg **mit Rücksicht auf die schwere Not der Landwirtschaft nur auf eine Geldstrafe von 3 M. erkannt.** Gegen dieses Urteil hatte die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt und 20 M. beantragt, auf die auch in Stargard erkannt wurde. Das Gericht konnte die von dem Angeklagten geltend gemachte Entschuldigung nicht als genügend anerkennen. Außerdem müsse auch streng auf die gesetzlichen Bestimmungen gehalten werden, weil mit den Ausländern trübe Erfahrungen genug gemacht seien.

Es sind schlimme Zeiten! Wenn schon die Gutsbesitzer so schwere Not leiden, wie groß muß dann erst die Not der Landarbeiter sein und wie ungeheuerlich die Not der Arbeitslosen! Da ist es denn hocherfreulich, wenn sich noch Gerichte finden, die für die Not ein so tiefgehendes Verständnis bekunden. Wird die Schwerenot der Gutsbesitzer so weitgehend berücksichtigt, wie groß muß erst die Rücksicht auf die schwere und schwerere Not armer Teufel sein, die wir sonst so häufig bei den Gerichten vermissen, hoffentlich aber beim Amtsgericht Dramburg auch in solchen Fällen zu finden ist.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9—3 Uhr und 5—7 Uhr, Sonnabends von 9—1 Uhr geöffnet.

Schrankenlose Lehrlingszüchterei.

Bei großer Arbeitslosigkeit.

Nur wenige Berufe haben eine solch hohe Zahl von Lehrlingen aufzuweisen wie das Bäckergewerbe. Nach einer Erhebung des Innungsverbandes der Bäckermeister, der 85 777 Mitglieder zählt und etwa 90 Proz. aller Bäckermeister im Reiche umfaßt, sind in den Innungsbetrieben neben 62 998 Bäckergehilfen 41 732 Lehrlinge beschäftigt. Von 1925 bis 1926 erhöhte sich die Zahl der Lehrlinge um 7059. Auf je 100 beschäftigte Bäckergehilfen entfallen 66,2 Lehrlinge. In fünf Jahren werden so viele Lehrlinge ausgebildet sein, daß die Gehilfenschaft vollständig erneuert werden kann.

Die Folge dieser Lehrlingszüchterei ist eine große Arbeitslosigkeit. Nach den amtlichen Berichten über die Frequenz auf den Arbeitsnachweisen betrug 1926 im Monatsdurchschnitt die Zahl der arbeitslosen Bäckergehilfen 22 785. Weit über dem Reichsdurchschnitt steht Ostpreußen mit 94,9, Württemberg mit 92,1, Pommern mit 89,8, Saarland mit 87,5, Pfalz mit 85,1 und Westfalen mit 89,6 Lehrlingen bei je 100 beschäftigten Gehilfen. **13 752 Bäckermeister beschäftigen nur Lehrlinge!**

Die Unternehmer sind mit diesem Zustand noch nicht zufrieden. Sie fordern die Aufhebung der in den Freistaaten bestehenden Verordnung über die Lehrlingshaltung, wonach höchstens zwei Lehrlinge in einem Betrieb beschäftigt werden dürfen.

Für manche zu Ostern aus der Lehre entlassenen jungen Gehilfen besteht wenig Aussicht auf Arbeit. Die Folge ist: Abwanderung als ungelernter Arbeiter in andere Industrien. Die Eltern täten daher klug, wenn sie sich vor dem Abschluß eines Lehrvertrags mit den Bäckermeistern über die wirtschaftliche Lage des Bäckerberufs erkundigten. Viele Enttäuschungen blieben ihnen erspart.

Generalversammlung der Buchbinder.

Die Berliner Ortsverwaltung des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter hatte am Donnerstag im Gewerkschaftshaus ihre Jahresgeneralversammlung. Der erste Bevollmächtigte, Genosse Imhof, betonte in seinem Geschäftsbericht, daß das Vorjahr für den Buchbinderverband wie für alle Gewerkschaften ein Jahr der Verteidigung gewesen sei. Auch im Buchbindergewerbe sind ziemlich erhebliche technische Umstellungen vorgenommen worden. Viele nicht kapitalkräftige Unternehmen wurden aufgesogen durch Großbetriebe, und diese selbst, besonders aber die Großbuchbindereien und Großdruckereien, durch Einführung arbeitsparender Maschinen ausgestaltet.

In der Kartonnagenindustrie wird und ist zum Teil sogar schon die Fließbandarbeit eingeführt. Durch diese Rationalisierung ist ein großer Teil der Arbeiter aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet und aufs Straßenpflaster geworfen worden. Während Ende 1925 auf dem Arbeitsnachweis 1677 Arbeitslose eingetragen waren, stieg diese Zahl bis zum Ende des Jahres 1926 auf 3249, wovon 1525 Verbandsmitglieder waren. Die Organisation war bemüht, durch einen energischen Kampf gegen das Ueberstundenunwesen die Arbeitslosigkeit einzudämmen, hatte aber leider erst in der letzten Zeit einigen Erfolg. Imhof ging dann näher auf die Entwicklung in den einzelnen Branchen ein und wandte sich der Betriebsrätebewegung zu. Durch eine statistische Erhebung wurde festgestellt, daß von den 450 Betrieben, die erfaßt wurden, 245 ohne jede Betriebsvertretung waren. Auf diesem Gebiet gibt es also noch sehr viel zu tun.

In der Mitgliederbewegung ist jedoch ein erfreulicher Aufstieg zu verzeichnen. Während Ende 1925 in Berlin 7015 Mitglieder waren, zählte die Organisation Ende 1926 8892 Mitglieder. Das ist eine Mitgliederzunahme von 26,7 Proz. Diese Mitgliederzunahme ist nicht nur auf die Wiedervereinigung mit dem „Oppositionsverband“ zurückzuführen, sondern auch auf die rege Agitation der Funktionäre und Mitglieder. Es ist der Organisation jedenfalls im Vorjahre gelungen, das von ihr Erreichte zu halten und alle Angriffe der Unternehmer auf lohn- und tarifpolitischem Gebiet abzuschlagen. Der Redner sprach zum Schluß die Erwartung aus, daß es der Organisation in diesem Jahre gelingen möge, wieder zum Angriff überzugehen und die bevorstehenden Lohnbewegungen zu einem für ihre Mitglieder günstigen Ende zu führen.

Anschließend erläuterte Genosse Bitomski den in den letzten Mitteilungsblättern veröffentlichten Kassenbericht für das vierte Quartal und das gesamte Jahr 1926, in dem die starke Belastung der Verbandskassen durch die ungeheure Arbeitslosigkeit zum Ausdruck kam. Von der Zentralkasse wurden allein an Arbeitslosenunterstützung 61 321 Mark ausgezahlt gegen 20 384 Mark im Jahre 1925. An Krankenunterstützung zahlte die Zentralkasse 34 812 Mark gegen 10 314 Mark 1925. Aus der Lokalkasse wurden an die arbeitslosen Mitglieder 32 087 Mark gezahlt, wovon 13 227 Mark durch freiwillige Beiträge aufgebracht wurden. Trotz der gewaltigen Steigerung der Ausgaben stieg der Bestand der Lokalkasse um 6590 Mark auf 26 313 Mark, wozu noch eine Hypothekenaufwertung von 6250 Mark kommt, so daß das Lokalkassenvermögen jetzt 32 563 Mark beträgt.

Theater der Woche.

Vom 6. März bis 14. März 1927.

Volksbühne: 6., 7., 8., 9., 12., 14. Traumspiel. 10., 11., 13. Volpone. — **Oper am Platz der Republik:** 6. Cavalleria Rusticana, Bajazzi. 7. Der ferne Klang. 8. Martha. 9. Salome. 10. Die Meistersinger. 11., 12 Uhr Sinfoniekonzert, abends: 9. Sinfonie. 12. Royal Palace und Meister Petrus Puppenspiel. 13. Walküre. 14. Wozzeck. — **Staatliches Schauspielhaus:** 6., 14. Andacht zum Kreuz. 7. Flachsmann als Erzieher. 8. Figaros Hochzeit. 9. Peer Gynt. 10. Amphitrion. 11. Hamlet. 12., 13. unbestimmt. — **Schiller-Theater:** 6. Peer Gynt. 7., 8., 12., 13. Razzia. 9., 10. Wallensteins Tod. 11., 14. Die Journalisten. — **Deutsches Theater:** 6., 8., 9., 11., 12., 13. Bonaparte. 7., 10., 14. Neidhardt von Gneisenau. — **Kammerspiele:** Die Gefangene. — **Die Komödie:** Die Perle. 11., 12., 13. Nachtvorstellung: Rasch ein Kind. — **Lessing-Theater:** Der Patriot. — **Theater in der Königgrätzer Straße:** Die treue Nymphe. — **Städtische Oper, Charlottenburg:** 6. Don Pasquale. 7. Jugend im Mai. 8. Das Glöckchen des Eremiten. 9. Falstaff. 10. Die Entführung aus dem Serail. 11. Der Barbier von Sevilla. 12. Aida. 13. Die Meistersinger von Nürnberg. 14. Margarethe. — **Großes Schauspielhaus:** Wie einst im Mai. — **Renaissance-Theater:** Aber Mama! 12., 13. 11 Uhr, Nachtvorstellung: Heldengespräche. — **Die Tribüne:** Der Wettlauf mit dem Schatten. — **Deutsches Künstler-Theater:** Der Zarewitsch. — **Komödienhaus:** Dover—Calais. — **Berliner Theater:** Bis 7. Nur du! Ab 8. Der Hampelmann. — **Neues Theater am Zoo:** Wo sind' ich dich . . .! — **Trianon-Theater:** Absteigequartier. — **Zentral-Theater:** Der blonde Zigeuner. — **Theater in der Kommandantenstraße:** Die letzte Warnung. — **Theater am Schiffbauerdamm:** Bis 13. Das Grabmal des unbekannten Soldaten. 14. Tragödie der Liebe. — **Komische Oper:** Sünden der Welt. — **Lustspielhaus:** Hurra — ein Junge! — **Metropol-Theater:** Die Zirkusprinzessin. — **Thalia-Theater:** Der mutige Seefahrer. — **Theater am Nollendorfplatz:** Müllers. — **Theater am Kurfürstendamm:** Pit Pit. — **Kleines Theater:** Die gelbene Galeere. — **Wallner-Theater:** Das blonde Wunder. — **Theater in der Klosterstraße:** 6. Die Ehre. 7., 8., 10., 12. Nebeneinander. 9. Die Pfarrhauskomödie. 11. Gespenster. 13. Pension Schöller. 14. Weiseken. — **Walhalla-Theater:** Bis 9. Es war einmal in Heidelberg. Ab 10. Ben Hur. — **Rose-Theater:** Das Mädchen von der Landstraße. — **Kasino-Theater:** Familie Habenichts. — **Theater in der Lützowstraße:** Bis 10. Die türkischen Gurken. Ab 11. Die Frau ohne Mann. — **Theater im Admiralspalast:** Haller-Revue „An und aus“. — **Wintergarten** und **Scala:** Internationales Varieté. — **Reichshallen-Theater:** Stettiner Sänger.

Nachmittagsvorstellungen. Volksbühne: 6., 13. Volpone. — **Staatliches Schauspielhaus:** 6. Napoleon. — **Großes Schauspielhaus:** 12. Wie einst im Mai. — **Berliner Theater:** 6. Nur du! — **Neues Theater am Zoo:** 6., vormittags 11½ Uhr, Posada. — **Theater in der Kommandantenstraße:** 6., 13. Die Kleine vom Varieté. — **Theater am Schiffbauerdamm:** 6., 13. Der Geizige. — **Komische Oper:** 6., 13. Sünden der Welt. — **Thalia-Theater:** 6. Der Biberpelz. — **Wallner-Theater:** 6., 13. Raub der Sabinerinnen. — **Theater in der Klosterstraße:** 6. Kabale und Liebe. 13. Maria Stuart. — **Walhalla-Theater:** 6., 13., 3 Uhr: Struwwelpeter; 4½ Uhr: Es war einmal in Heidelberg. — **Rose-Theater:** 12., 13. Rotkäppchen und Hans im Glück. — **Theater im Admiralspalast:** 6., 13. An und aus. — **Scala:** 6., 12., 13. Internationales Varieté. — **Reichshallen-Theater:** 6., 13. Stettiner Sänger.

Verantwortlich für Politik: **Victor Schiff**; Wirtschaft: **G. Klingelhöfer**; Gewerkschaftsbewegung: **Fr. Sklorz**; Feuilleton: **Dr. John Schikowski**; Lokales und Sonstiges: **Fritz Karstädt**; Anzeigen: **Th. Glocke**; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Achtung! Achtung!
Werkzeugmacher!
Am Montag, den 7. März 1927, abends 7½ Uhr, in unserer Kulturabteilung, Linienstraße 107,
Filmvorführung.
Eintrittskarten sind bei den Vertrauensleuten zu haben.
Am Sonntag, den 6. März 1927, vormittags 10 Uhr, im Lokal von Seifert, Tilsiter Str. 77, Ecke Frankfurter Straße
Konferenz der Zaunaufsteller.
Die Tagesordnung wird in der Konferenz bekanntgegeben.
Die Ortsverwaltung

Der gute Kapitän-Kautabak ist in den meisten Zigarrengeschäften erhältlich
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22. Kgst. 3861

Soeben erschien:
Spätherbstblüten
von
Adolph Hoffmann
gereimte u. ungereimte Lebensbilder
enthält:
Novellen. In höheren Regionen. Luftdrama. Torturen. Eine moderne Justiztragödie.
Gereimte Lebensbilder, Ernste und heitere Gedichte aus dem Leben
Illustriert von Willi Steinert
6 Vollbilder und das Porträt des Verfassers mit Faksimile (Jubiläumsbild). 94 Seiten, eleg. carton. Preis M. 1,50 (Porto 10 Pf.)
Zu beziehen durch den Verfasser: Berlin O 17, Koppenstr. 6 II, und durch alle Vorwärts-Ausgabestellen

Berliner - Elektriker - Genossenschaft
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88 | Filiale Westen, Wilmersdorf
Fernsprecher Norden 65 25 u. 65 26 | Landhausstraße 4. Tel.: Pfalzburg 9631
Ausstellungsräume und Lager
Alexanderstr. 39—40 (Alexander-Passage) Tel.: Königstadt 540.
Elektrische Anlagen jeder Art u. jeden Umfanges
zu kulanten Zahlungsbedingungen
Beleuchtungskörper und Osram-Lampen zu Fabrikpreisen.

Lebenslängliche Garantie
leiste ich als Selbsthersteller auf die bei mir gekauften

Traauringe
(Fugenlos)
zu billigsten Preisen
in den gediegensten Ausführungen
Ständig ca. 3000 St. auf Lager
Preisliste gratis!
Ges. geschützt
Hermann Wiese, Berlin N. 24, Artilleriestr. 30 W., Passauer Straße 12
Bei Verkauf werden die von mir gekauften Ringe innerhalb eines Jahres zum vollen Preise zurückgenommen.

Quittungs-, Rabatt- u. Reklamemarken
wegen Nachahmung gesetzl. gesch.
fertigt seit 48 Jahr. als Spezialität
Conrad Müller
Schkeuditz-Leipzig

Jürgens
Alexanderplatz

Korbmöbel! Sonderangebot!

An Private zu Engrospreisen
Eigene Fabrikate in gediegener Ausführungen kaufen Sie in großer Auswahl und billig bei
Wilhelm Schulze
Monbijouplatz 12, Hof part.
Nähe Hackescher Markt
Zahlungserleichterung
Telephon: Alexander 4112

Gegr. 1881.
Unt. Garantie die schönsten u. preiswertesten
Daunen- und Stepp-Decken
kaufen Sie bestens ab Fabrik
Bernhard Strohmandel, Berlin S 14, Wallstr. 72 (Untergrundbahn Inselbrücke)
Filiale: Spittelmarkt, Ecke Seydelstr., und W, Nikolsburger Platz 2, Ecke Trautenaustr.
Metall-Bettstellen u. Auflegematratzen.
S, Wallstr. 21-22 und W, Nikolsburger Platz 2.
Reparat. jed. Art. — Illustr. Preiskatalog gratis.